

Thüringer Landtag
6. Wahlperiode
zu Drs. 6/6931

- Vorabdruck -

THÜR. LANDTAG POST
12.06.2019 12:26

13314/2019

Drs. 6/7341

An die Präsidentin
des Thüringer Landtags
Frau Birgit Diezel, MdL

12. Juni 2019

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zu der Unterrichtung der Landesregierung
- Drucksache 6/6931 -

Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2023 für den Freistaat Thüringen

Bezahlbares Wohnen

Der Thüringer Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der anstehenden Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2024 die folgenden haushaltspolitischen Maßgaben zu beachten:

- I. Der Landtag stellt fest, dass der Neubau von Wohnungen, die Umwidmung in Wohnraum und die erleichterte Wohneigentumsbildung die entscheidenden Ansätze sind, um für Entspannung auf den Wohnungsmärkten zu sorgen. Um das Interesse von Investoren in den Wohnungsmarkt zu wecken, bedarf es Anreize statt staatlicher Reglementierung, bedarf es attraktiver staatlicher Unterstützung privaten Engagements statt Gängelei und immer höherer Standards.
- II. Der Landtag wendet sich strikt gegen Auflagen und Regelungen, die den Wohnungsbau verteuern und mehr Bürokratie produzieren.
- III. Der Landtag spricht sich gegen Enteignungen als scheinbares Mittel gegen steigende Mieten oder fehlenden Wohnraum aus. Er stellt fest, dass damit keine einzige neue Wohnung geschaffen wird, vielmehr Investoren für den Wohnungsbau verschreckt werden.



- IV. Der Landtag stellt fest, dass es für eine Wohnungsgesellschaft für Thüringen am sogenannten „erheblichen Landesinteresse“ fehlt. Der Landtag lehnt eine Beteiligung an einer solchen Gesellschaft ab.

Begründung:

Eine angemessene und bezahlbare Wohnung ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Insbesondere Familien haben es angesichts des angespannten Wohnungsmarkts immer schwerer, entsprechenden Wohnraum zu finden. Bereits heute besteht, auch infolge der Zuwanderung, nicht nur in den Ballungsgebieten, sondern auch in den ländlichen Regionen, ein erhöhter Bedarf. Das Thema Wohnkostenbelastung entwickelt sich zunehmend zu einer zentralen sozialen Frage. Die Sicherstellung der Wohnraumversorgung ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben.

Bund, Länder, Gemeinden, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Wohnungs- und Bauwirtschaft sowie private Investoren: Wohnungsbau geht alle an. Wohnungsbau ist eine Daueraufgabe, die eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung erfordert, sowohl im Rahmen der Landeshaushalte als auch auf der Ebene des Bundes.

Neben dem sozialen Wohnungsbau, insbesondere für Familien mit geringem Einkommen, ist das Engagement durch private Investoren, 3,9 Millionen Kleinvermieter in Deutschland und Wohnungsunternehmen, ein wesentlicher Faktor, um den stark steigenden Bedarf an Wohnungen zu decken. Der Großteil der benötigten Wohnungen muss weiterhin von ihnen gebaut und frei finanziert werden.

Für die Fraktion:



Mike Mohring